ÜBERSETZUNG

Geschäftsverzeichnismrn. 1022, 1023 und 1024
Urteil Nr. 62/97 vom 28. Oktober 1997

URTEIL

In Sachen: Präjudizielle Frage in bezug auf Artikel 1 § 1 des Gesetzes vom 1. April 1969 zur Einführung eines garantierten Einkommens für Senioren, gestellt vom Arbeitsgericht Brüssel.

Der Schiedshof,

zusammengesetzt aus den Vorsitzenden M. Melchior und L. De Grève, und den Richtern H. Boel, L. François, P. Martens, J. Delruelle, G. De Baets, E. Cerexhe, H. Coremans, A. Arts, R. Henneuse und M. Bossuyt, unter Assistenz des Kanzlers L. Potoms, unter dem Vorsitz des Vorsitzenden M. Melchior,

verkündet nach Beratung folgendes Urteil:

*

* *

I. *Gegenstand der präjudiziellen Frage*

In seinen jeweiligen Urteilen vom 25. November 1996 in Sachen A. Hendricx, A. Paulis und J. Nagy gegen das Landespensionsamt, deren Ausfertigungen am 9. Dezember 1996 in der Kanzlei des Hofes eingegangen sind, hat das Arbeitsgericht Brüssel folgende präjudizielle Frage gestellt:

« Steht Artikel 1 § 1 des Gesetzes vom 1. April 1969 zur Einführung eines garantierten Einkommens für Senioren im Widerspruch zu den Artikeln 10 und 11 der am 17. Februar 1994 koordinierten belgischen Verfassung, indem er Frauen im Alter von weniger als 60 Jahren den Vorteil des garantierten Einkommens gewährt, Männern im Alter zwischen 60 und 65 Jahren den gleichen Vorteil aber nicht zuerkennt? »

II. *Sachverhalt und vorhergehendes Verfahren*

Alphonse Hendricx, André Paulis und Janos Nagy erhoben beim Arbeitsgericht Brüssel Klage gegen die Entscheidungen, mittels deren das Landespensionsamt ihnen den Vorteil des Gesetzes vom 1. April 1969 zur Einführung eines garantierten Einkommens für Senioren verweigerte. Da ihre Klage vor dem ersten Tag des Monats, der dem Monat, in dem sie 65 Jahre wurden, um ein Jahr vorangeht, eingereicht wurde, urteilte das Landesamt, daß sie nicht die in Artikel 1 § 1 des Gesetzes genannte Voraussetzung erfüllten.

Mittels dreier Urteile vom 25. November 1996 hat die elfte Kammer des Arbeitsgerichts Brüssel im selben Wortlaut die o.a. präjudizielle Frage gestellt.

III. *Verfahren vor dem Hof*

Durch Anordnungen vom 9. Dezember 1996 hat der amtierende Vorsitzende gemäß den Artikeln 58 und 59 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof in den jeweiligen Rechtssachen die Richter der Besetzung bestimmt.

Die referierenden Richter haben Artikel 71 bzw. 72 des organisierenden Gesetzes im vorliegenden Fall nicht für anwendbar erachtet.

Durch Anordnung vom 7. Januar 1997 hat der vollzählig tagende Hof die Rechtssachen verbunden.

Die Verweisungsentscheidungen wurden gemäß Artikel 77 des organisierenden Gesetzes mit am 13. Januar 1997 bei der Post aufgegebenen Einschreibebriefen notifiziert; mit denselben Briefen wurde die Verbindungsanordnung notifiziert.

Die durch Artikel 74 des organisierenden Gesetzes vorgeschriebene Bekanntmachung erfolgte im *Belgischen Staatsblatt* vom 15. Januar 1997.

Schriftsätze wurden eingereicht von

- A. Hendricx, rue des Commerçants 50, 1000 Brüssel, und J. Nagy, rue du Pont de l'Avenue 29, 1000 Brüssel, mit am 21. Februar 1997 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief,

- dem Ministerrat, rue de la Loi 16, 1000 Brüssel, und dem Landespensionsamt, Tour du midi, 1060 Brüssel, mit am 28. Februar 1997 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief.

Diese Schriftsätze wurden gemäß Artikel 89 des organisierenden Gesetzes mit am 17. März 1997 bei der Post aufgegebenen Einschreibebriefen notifiziert.

Erwiderungsschriftsätze wurden eingereicht von

- A. Hendricx und J. Nagy, mit am 11. April 1997 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief,

- dem Ministerrat und dem Landespensionsamt, mit am 11. April 1997 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief.

Durch Anordnung vom 28. Mai 1997 hat der Vorsitzende M. Melchior die Rechtssachen dem vollzählig tagenden Hof vorgelegt.

Durch Anordnung vom 28. Mai 1997 hat der Hof die Rechtssachen für verhandlungsreif erklärt und den Sitzungstermin auf den 26. Juni 1997 anberaumt.

Diese Anordnung wurde den Parteien und deren Rechtsanwälten mit am 29. Mai 1997 bei der Post aufgegebenen Einschreibebriefen notifiziert.

Durch Anordnung vom 29. Mai 1997 hat der Hof die für die Urteilsfällung vorgesehene Frist bis zum 9. Dezember 1997 verlängert.

Auf der öffentlichen Sitzung vom 26. Juni 1997

- erschienen

- . RA A. Vercruysse *loco* RA S. Wahis, in Brüssel zugelassen, für A. Hendricx und J. Nagy,

- . RA F. Tulkens, in Brüssel zugelassen, *loco* RA P. Gérard, beim Kassationshof zugelassen, für den Ministerrat und das Landespensionsamt,

- haben die referierenden Richter P. Martens und G. De Baets Bericht erstattet,

- wurden die vorgenannten Rechtsanwälte angehört,

- wurden die Rechtssachen zur Beratung gestellt.

Das Verfahren wurde gemäß den Artikeln 62 ff. des organisierenden Gesetzes, die sich auf den Sprachengebrauch vor dem Hof beziehen, geführt.

IV. *In rechtlicher Beziehung*

- A -

Schriftsatz von Alphonse Hendricx und Janos Nagy

A.1. Die Urteile würden einen sachlichen Fehler enthalten: statt: «Frauen im Alter von weniger als 60 Jahren » müsse man lesen: « Frauen im Alter von mindestens 60 Jahren ».

A.2. Es müsse auf die Ausführungen im Urteil des Hofes Nr. 9/94 vom 27. Januar 1994 hingewiesen werden. Es müsse gleichfalls hervorgehoben werden, daß die beanstandete Bestimmung keinesfalls eine Übergangsbestimmung dargestellt habe, die angenommen worden sei, um mit der Zeit irgendeine Gleichheit zwischen Männern und Frauen wiederherzustellen. Das sei um so mehr des Fall, da die Richtlinie 79/7/EWG des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 19. Dezember 1978 die Mitgliedstaaten verpflichtet habe, innerhalb einer Frist von sechs Jahren die notwendigen Bestimmungen in Kraft zu setzen, um die Gleichheit zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der sozialen Sicherheit einzuführen.

Erst vor kurzem, mittels eines königlichen Erlasses vom 23. Dezember 1996, seien Maßnahmen angenommen worden, um mit der Zeit, nämlich für den 2. Januar 2009, diese Gleichheit bezüglich des garantierten Einkommens einzuführen.

A.3. Das Landespensionsamt behaupte, daß das normale Rentenalter ebenso das der eventuellen Bewilligung des garantierten Einkommens sein müsse. Diese Argumentation könne nicht aus der Begründung des Urteils Nr. 9/94 abgeleitet werden. Indem der Hof darauf aufmerksam gemacht habe, daß dieses Argument keine Grundlage mehr habe, und indem er dem hinzugefügt habe: « wie zutreffend es im übrigen auch sein mag », habe der Hof einfach geurteilt, daß er diese Argumentation nicht weiter analysieren müsse, da die Bestimmungen des Gesetzes vom 20. Juli 1990 diesem Vergleich jede rechtliche Grundlage entzogen hätten.

A.4. Man würde vergeblich auf die schriftliche Stellungnahme der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in der Rechtssache G-154/96 Wolfs/Landespensionsamt vom 17. Juli 1996 hinweisen. Dieser Standpunkt bestehe ausschließlich aus der Feststellung, daß der Behandlungsunterschied zwischen Männern und Frauen nach dem belgischen System auch weiterhin in das in Artikel 7 Absatz 1 a) der Richtlinie 79/7/EWG genannte Abweichungssystem fallen könne, unter der Bedingung, daß dieses System die frühere Diskriminierung mildere und daß es zu einem offiziellen Prozeß schrittweiser Inkraftsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes gehöre. Der Belgische Staat habe das gut verstanden, da er zur Beendigung dieser Diskriminierung Übergangsmaßnahmen ergriffen habe.

A.5. Man würde vergeblich das Gesetz vom 7. August 1974 zur Einführung des Rechts auf ein Existenzminimum anführen, um das Vorhandensein eines Behandlungsunterschieds anzuzweifeln. Die Voraussetzungen für den Erhalt des Existenzminimums seien nämlich nicht die gleichen, da der Begünstigte vor allem seine Arbeitswilligkeit zeigen müsse, was für den Erhalt des garantierten Einkommens nicht gelte. Die bewilligten Einkommen seien außerdem nicht so günstig.

A.6. Man könne ebensowenig behaupten, daß der kritisierte Unterschied zwangsläufig zeitlich begrenzt sei, um « die aus der Vergangenheit übernommenen Gepflogenheiten », die sich zum Nachteil der Frauen auswirken würden, zu beseitigen, da der Hof auf dieses Argument in seinem Urteil Nr. 9/94 geantwortet habe. Bei den Vorarbeiten werde ein möglicher zeitweiser Charakter mit keinem Wort erwähnt. Der Belgische Staat habe erst jetzt die notwendigen Schritte unternommen, um diesen Behandlungsunterschied mit einem solchen Charakter zu versehen.

A.7. Die Diskriminierung auf der Grundlage des Geschlechts sei somit evident. Artikel 1 § 1 des Gesetzes vom 1. April 1969 müsse für unvereinbar mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung erklärt werden.

Schriftsatz des Ministerrats und des Landespensionsamtes

A.8. So wie das Arbeitsgericht hervorhebe, sei im *Belgischen Staatsblatt* vom 20. Juli 1996 ein Gesetz vom 19. Juni 1996 veröffentlicht worden « zur Interpretation des Gesetzes vom 20. Juli 1990 zur Einführung eines flexiblen Rentenalters für Arbeitnehmer und zur Anpassung der Arbeitnehmerrenten an die Entwicklung des Gemeinwohls ».

Artikel 2 dieses Gesetzes bestimme, daß « mit dem Wort 'Ruhegehalt ' das Ersatzeinkommen bezeichnet [wird], das dem Berechtigten bewilligt wird, der aufgrund seines Alters als arbeitsunfähig geworden angesehen wird; von diesem Zustand geht man bei männlichen Berechtigten bei Erreichung des 65. Lebensjahres aus und bei weiblichen Berechtigten bei Erreichung des 60. Lebensjahres ».

A.9. Außerdem führe das Gesetz vom 26. Juli 1996 zur Modernisierung der sozialen Sicherheit und zur Sicherung der gesetzlichen Pensionsregelungen verschiedene neue Bestimmungen hinsichtlich gesetzlicher Pensionen und garantierter Einkommen für Senioren ein.

A.10. Zur Durchführung des Gesetzes vom 26. Juli 1996 sei schließlich am 23. Dezember 1996 ein im Ministerrat beratener königlicher Erlaß « zur Durchführung der Artikel 15, 16 und 17 » dieses Gesetzes verabschiedet worden.

A.11. Zusammenfassend gesagt: Hinsichtlich der Pensionsflexibilität werde von der altersbedingten Arbeitsunfähigkeit bei Männern ab 65 Jahren und bei Frauen ab 60 Jahren ausgegangen.

Übrigens bestimme Artikel 1 § 1 des Gesetzes vom 1. April 1969 künftig: « Ein garantiertes Einkommen wird den Männern und Frauen gewährleistet, die das Mindestalter von 65 Jahren erreicht haben und die in diesem Gesetz festgelegten Voraussetzungen erfüllen », wobei diese neue Definition aber erst am 1. Juli 1997 in Kraft trete. Zahlreiche Übergangsmaßnahmen würden von diesem Artikel abweichen.

A.12. Die Rechtsprechung des Urteils Nr. 9/94 könne aber angesichts der o.a. neuen Elemente nicht aufrechterhalten werden. Der auslegende Charakter des Gesetzes vom 19. Juni 1996 zeige, daß das Gesetz vom 20. Juli 1990 das Rentenalter für Männer und Frauen nicht habe vereinheitlichen wollen, sondern die aus der widersprüchlichen, das Rentenalter betreffenden Rechtsprechung entstandene Unsicherheit habe beenden wollen (s. insbesondere *Parl. Dok.*, Kammer, 1995-1996, Nr. 449/1, SS. 10 und 11). Das Ziel sei durch die Aufstellung einer Vermutung der Arbeitsunfähigkeit für Männer ab 65 Jahren und für Frauen ab 60 Jahren erreicht. Diese Zahlen würden das « Rentenalter » für die Anwendung des Gesetzes vom 20. Juli 1990 repräsentieren, das Alter, von dem an ein Ersatzeinkommen bewilligt werden könne, d.h. das « Ruhegehalt » im Sinne des Artikels 2 des Gesetzes vom 19. Juni 1996 (*idem*). Daraus ergebe sich, daß Artikel 1 § 1 des Gesetzes vom 1. April 1969 zur Einführung eines garantierten Einkommens für Senioren für die Männer ab 65 Jahren bzw. für die Frauen ab 60 Jahren nicht diskriminierend sei. Dieser Unterschied zwischen den Altersstufen stimme mit dem hinsichtlich des Ruhegehalts im Gesetz vom 20. Juli 1990, interpretiert durch das vom 19. Juni 1996, aufrechterhaltenen Unterschied überein (s. J. Jacquain, « Pension de retraite: une curieuse loi interprétative », *Chron. D.S.*, 1996/11, S. 523).

A.13. Die heutige Situation sei übrigens vorübergehend, da das gesetzliche Alter für den Erhalt des garantierten Einkommens vom Jahre 2009 an Männern und Frauen ab 65 Jahren ein gleiches Recht garantieren werde.

Diese schrittweise Entwicklung sei durch historische Überlegungen gerechtfertigt und auch unter Berücksichtigung der finanziellen und strukturellen Begrenzungen der verschiedenen Systeme sozialer Sicherheit (s. Urteil Nr. 56/93 in bezug auf den Unterschied zwischen Angestellten und Arbeitern).

A.14. Wegen der vorhergehenden Elemente verstoße Artikel 1 § 1 des Gesetzes vom 1. April 1969 nicht gegen die Artikel 10 und 11 des Verfassung.

Erwiderungsschriftsatz vom Alphonse Hendricx und Janos Nagy

A.15. Das Auslegungsgesetz vom 19. Juni 1996 habe keinen Einfluß auf die durch das Gesetz vom 1. April 1969 ins Leben gerufene Diskriminierung. An verschiedenen Altersstufen für Männer und Frauen festzuhalten,

sowohl für das Ruhegehalt als auch für das garantierte Einkommen, stelle einen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung dar.

A.16. Im Gutachten der Europäischen Kommission in der Sache Wolfs werde die Abweichung hinsichtlich Artikel 7 des Richtlinie 79/7/EWG für die Ruhegehälter unter der Bedingung angenommen, daß das System in einen Prozeß schrittweiser Inkraftsetzung gleicher Behandlung eingebunden werde. Dieses treffe nicht zu für Artikel 1 des Gesetzes vom 1. April 1969.

A.17. Die Bestimmungen des Gesetzes vom 27. Juli 1996 und des königlichen Erlasses vom 23. Dezember 1996 würden sich nicht auf die dem Hof vorgelegten Fälle auswirken, da nur die beanstandete Bestimmung für die dem 30. Juni 1997 vorangehende Periode anwendbar sei, ohne daß eine Übergangsbestimmung zu einer allmählichen Gleichbehandlung zwischen Männern und Frauen hinsichtlich des garantierten Einkommens führe.

A.18. Die Richtlinie 79/7/EWG habe die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Gleichheit zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der sozialen Sicherheit spätestens bis zum 19. Dezember 1984 einzuführen. Der Belgische Staat habe zwischen 1978 und 1997 keine einzige Maßnahme getroffen. Er könne sich nicht auf die Bestimmungen zur Einführung einer schrittweisen Gleichbehandlung berufen, um die frühere Diskriminierung zu rechtfertigen.

Erwiderungsschriftsatz des Ministerrats und des Landespensionsamtes

A.19. Die Parteien würden einstimmig davon ausgehen, daß der königliche Erlaß vom 23. Dezember 1996 erst ab dem 1. Juli 1997 gelte und im vorliegenden Fall nicht anwendbar sei. Bei der Beurteilung, ob eine Diskriminierung vorliege, müsse dieser königliche Erlaß jedoch berücksichtigt werden.

A.20. Die Parteien Hendricx und Nagy widersprächen einander mit ihrer Behauptung einerseits, daß der Belgische Staat seit dem 19. Dezember 1984 die Gleichbehandlung vor allem hinsichtlich des garantierten Einkommens für Senioren hätte verwirklichen müssen und andererseits, daß « das Alter für den Erhalt eines garantierten Einkommens mit dem für den Erhalt eines Ruhegehalts übereinstimmt ».

A.21. Die die Pension und das garantierte Einkommen betreffenden Regelungen seien im innerstaatlichen Recht miteinander verbunden durch Artikel 11 § 3 des Gesetzes vom 1. April 1969, geändert durch das Gesetz vom 20. Juli 1991, dem zufolge « der Pensionsantrag eines Arbeitnehmers oder Selbständigen, der die das Alter betreffenden Voraussetzungen für den Erhalt des garantierten Einkommens erfüllt, als Antrag auf das garantierte Einkommen gilt ». Diesen Zusammenhang habe der Hof auch in seinem Urteil Nr. 9/94 hervorgehoben. Man wisse, daß das Gesetz vom 20. Juli 1990 Gegenstand des Auslegungsgesetzes vom 19. Juni 1996 gewesen sei.

A.22. Vor dem Auslegungsgesetz habe das Arbeitsgericht Brüssel in der Sache Wolfs/Landespensionsamt dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften drei präjudizielle Fragen vorgelegt, und wegen dieses Gesetzes habe der Kassationshof mittels Urteile vom 4. November 1996 dem Gerichtshof über die Tragweite von Artikel 7 der Richtlinie 79/7/EWG eine Frage vorgelegt. In seinen Schlußanträgen in der Sache Wolfs urteile Generalanwalt Elmer, daß das Gesetz vom 20. Juli 1990, so wie es durch das Gesetz vom 19. Juni 1996 interpretiert worden sei, in den Anwendungsbereich von Artikel 7 der Richtlinie und somit nicht unter das in Artikel 4 enthaltene Verbot des Unterschieds zwischen Männern und Frauen falle. Sollte sich der Gerichtshof diesen Schlußanträgen anschließen, dann könnte sich die Lösung auf die dem Schiedshof gestellte Frage wegen des festgestellten Zusammenhangs zwischen dem Rentenalter und dem Alter, in dem man das garantierte Einkommen beziehen könne, auswirken.

A.23. Hilfsweise müsse darauf hingewiesen werden, daß der Hof in seinem Urteil Nr. 9/94 bemerkt habe, daß « das vom normalen Pensionsalter abgeleitete Argument [...] keine Grundlage mehr [hat], wie zutreffend es im übrigen auch sein mag ». Das bedeute, daß der Unterschied nicht mehr berücksichtigt werden müsse, insoweit das Gesetz vom 20. Juli 1990 vor seiner Interpretation durch das Gesetz vom 19. Juni 1996 so verstanden worden sei, daß es ein flexibles Rentenalter eingeführt habe.

A.24. Selbst wenn man annehmen müsse, daß der Hof die Frage nach der Relevanz des Vergleichs des unterschiedlichen Alters für Männer und Frauen habe unbeantwortet lassen wollen, würde dieser Unterschied nicht gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen. Es sei eine aus der Vergangenheit übernommene Gepflogenheit, die wegen der Änderung von Artikel 1 § 1 des Gesetzes vom 1. April 1969, das seit dem 1. Juli 1997 anwendbar sein werde, fast verschwunden sei. Diese Gleichheit werde dadurch eingeführt werden, daß man das Alter für die

Frauen auf das für die Männer geltende abstimmen werde. Für Letztgenannte stehe die angebliche Diskriminierung nicht fest, da die 1969 etablierte Situation unverändert sei und bleiben werde.

A.25. Sollte der Hof urteilen, daß zur Beendigung der Diskriminierung das garantierte Einkommen Männern wie Frauen ab 60 Jahren bewilligt werden müsse, dann wäre es die Grundlegung einer anderen Diskriminierung, da vom 1. Juli 1997 an die Frauen das garantierte Einkommen erst ab 61 Jahren und die Männer ab 65 Jahren erhalten würden, mit der Maßgabe, daß dieser Unterschied innerhalb einer angemessenen Frist verschwinden müsse.

- B -

B.1. In seinem Urteil Nr. 9/94 vom 27. Januar 1994 hat der Hof für Recht erkannt:

« Artikel 1 § 1 des Gesetzes vom 1. April 1969 zur Einführung eines gewährleisteten Einkommens für Betagte verstößt gegen die Artikel 6 und *6bis* [jetzt 10 und 11] der Verfassung, indem das gewährleistete Einkommen für Frauen ab 60 Jahren gilt, während es nicht für Männer zwischen 60 und 65 Jahren gilt. »

B.2. Die präjudizielle Frage, so wie sie durch die Zwischenurteile des Verweisungsrichters vom 16. September 1996 erläutert worden ist, zwingt den Hof dazu, sich wieder, unter Berücksichtigung des Gesetzes vom 19. Juni 1996, das das Gesetz vom 20. Juli 1990 auslegt, und unter Beachtung des der königlichen Erlasses Nr. 72 vom 10. November 1967 über die Alters- und Hinterbliebenenpension der Selbständigen, mit dem Problem zu befassen.

B.3. Außerdem lenken der Ministerrat und das Landespensionsamt die Aufmerksamkeit des Hofes auf beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften anhängige präjudizielle Verfahren.

Das eine bezieht sich auf Fragen, die mittels eines Urteils des Arbeitsgerichts Brüssel vom 22. April 1996 (Rechtssache C-154/96, Wolfs/Landespensionsamt) gestellt wurden; die anderen betreffen präjudizielle Fragen, die mittels Urteile des Kassationshofes vom 4. November 1996 gestellt wurden. Darin wird des Gerichtshof über die Tragweite der Richtlinie 79/7/EWG vom 19. Dezember 1978 zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit und insbesondere im Zusammenhang mit ihrem Artikel 7 Absatz 1 a) befragt, dem zufolge die Richtlinie die Befugnis der Mitgliedstaaten nicht beeinträchtigt, « die Festsetzung des Rentenalters für die Gewährung der Altersrente oder Ruhestandsrente und etwaige Auswirkungen daraus auf andere Leistungen » von ihrem Anwen-

dungsbereich auszuschließen.

B.4. Schließlich weisen der Ministerrat und das Landespensionsamt darauf hin, daß das Gesetz vom 26. Juli 1996 zur Modernisierung der sozialen Sicherheit und zur Sicherung der gesetzlichen Pensionsregelungen hinsichtlich der gesetzlichen Pensionen und des garantierten Einkommens für Senioren neue Bestimmungen enthält. Artikel 17 des Gesetzes ermächtigt den König, mittels eines im Ministerrat beratenen Erlasses alle nützlichen Maßnahmen zu ergreifen, um vor allem «die Gleichberechtigung von Männern und Frauen schrittweise zu verwirklichen, und dies gleichzeitig mit der Verwirklichung der Gleichberechtigung auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit». Der zur Durchführung der Artikel 15, 16 und 17 dieses Gesetzes verabschiedete königliche Erlass vom 23. Dezember 1996 hat Artikel 1 § 1 des Gesetzes vom 1. April 1969 durch die folgende Bestimmung ersetzt:

« Ein garantiertes Einkommen wird den Männern und Frauen gewährleistet, die mindestens 65 Jahre alt sind und die durch dieses Gesetz festgelegten Voraussetzungen erfüllen. »

Derselbe königliche Erlass enthält einerseits eine Bestimmung (Artikel 14), die den früheren Artikel 1 des Gesetzes vom 1. April 1969 für jene beibehält, die zur Durchführung einer vor dem 1. Juli 1997 wirksamen Entscheidung ein garantiertes Einkommen erhalten, und andererseits Bestimmungen (Artikel 16), die vom gleichen Datum an das Alter, von dem an eine Frau ein garantiertes Einkommen beanspruchen kann, schrittweise von 60 Jahren auf 65 Jahre erhöhen, wobei die Gleichheit zwischen Männern und Frauen, wie sie in neuen Artikel 1 § 1 des Gesetzes vom 1. April 1969 verankert ist, ab 2009 effektiv wird.

B.5. In seinem Urteil Nr. 9/94 erwog der Hof:

« In den Vorarbeiten zum Gesetz vom 1. April 1969 zur Einführung eines gewährleisteteten Einkommens für Betagte wurde ausdrücklich festgestellt, daß das erforderliche Alter, um in den Genuß dieses Einkommens zu gelangen (65 Jahre für Männer, 60 Jahre für Frauen) dem normalen Pensionsalter entspricht (Begründungsschrift, *Parl. Dok.* Kammer, A.S. 1968, Nr. 134-1, S. 5). Seither ermöglicht das Gesetz vom 20. Juli 1990 zur Einführung eines flexiblen Rentenalters für Lohnempfänger und zur Anpassung der Renten der Arbeitnehmer an die Entwicklung des allgemeinen Wohlstands allen männlichen und weiblichen Arbeitnehmern, ab 60 Jahren in den Ruhestand zu treten. Daraus ergibt sich, daß ein Mann, dessen Alter zwischen 60 und 65 Jahren liegt, seinen Anspruch auf Pension geltend machen kann, ohne dasjenige auf ein garantiertes Einkommen geltend machen zu können, wogegen eine Frau in der gleichen Situation beide Ansprüche geltend machen kann. Das vom normalen Pensionsalter abgeleitete Argument hat keine Grundlage mehr, wie zutref-

find es im übrigen auch sein mag. »

B.6. Das Auslegungsgesetz vom 19. Juni 1996 bestimmt:

« Art. 2. Für die Anwendung der Artikel 2 §§ 1, 2, 3 und 3 §§ 1, 2, 3, 5, 6, 7 des Gesetzes vom 20. Juli 1990 zur Einführung eines flexiblen Rentenalters für Arbeitnehmer und zur Anpassung der Arbeitnehmerrenten an die Entwicklung des Gemeinwohls wird mit dem Wort 'Ruhegehalt' das Ersatzeinkommen bezeichnet, das dem Berechtigten bewilligt wird, der aufgrund seines Alters als arbeitsunfähig geworden angesehen wird; von diesem Zustand geht man bei männlichen Berechtigten bei Erreichung des 65. Lebensjahres aus und bei weiblichen Berechtigten bei Erreichung des 60. Lebensjahres. »

Mit dieser Bestimmung hat der Gesetzgeber hauptsächlich ausdrücken wollen, daß das Gesetz vom 20. Juli 1990 nicht die Gleichstellung des Rentenalters für Männer und Frauen anstrebte. Mit Blick auf die Interpretation dieses Gesetzes hat er sich auf eine gesetzliche Vermutung berufen, der zufolge die männlichen Rentenberechtigten ab 65 Jahren und die weiblichen Rentenberechtigten ab 60 Jahren als arbeitsunfähig angesehen werden, wobei diese Zahlen das «Rentenalter» repräsentieren (Gutachten der Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats, *Parl. Dok.*, Kammer, 1995-1996, Nr. 449/1, S. 11).

Wie das Arbeitsgericht in seinem o.a. Urteil vom 16. September 1996 in Erinnerung ruft, legt der königliche Erlaß Nr. 72 vom 10. November 1967 über die Alters- und Hinterbliebenenpension der Selbständigen das Rentenalter ebenfalls auf 65 Jahre für die Männer und 60 Jahre für die Frauen fest.

B.7. Weil der Hof über die Verfassungsmäßigkeit des Auslegungsgesetzes vom 19. Juni 1996 nicht befragt wurde, wird er nicht untersuchen, ob die altersbedingte Arbeitsunfähigkeit als in einem für Männer und Frauen unterschiedlichen Alter entstanden angesehen werden kann. Er wird untersuchen, ob die Festlegung eines unterschiedlichen Alters für Männer und Frauen vereinbar ist mit dem Gleichheitsgrundsatz in der einzigen Angelegenheit, die durch das Gesetz vom 1. April 1969 behandelt wird, und zwar die der Bewilligung eines Mindesteinkommens für Senioren.

B.8. Der Belgische Staat macht geltend, daß der Behandlungsunterschied zwischen Männern und Frauen im vorliegenden Fall nicht im Widerspruch stehe zum Gleichheitsgrundsatz, da er eine aus der Vergangenheit übernommene Gepflogenheit sei, die aufgrund der Änderung von Artikel 1

§ 1 des Gesetzes vom 1. April 1969, anwendbar ab dem 1. Juli 1997, allmählich verschwinde.

B.9. Auch wenn es so ist, daß die aus der Vergangenheit übernommene Gepflogenheit erklären könnte, daß hinsichtlich des Arbeitsrechts oder der Sozialsicherheit Maßnahmen zum progressiven Abbau der Ungleichheit zwischen Mann und Frau getroffen werden, könnte dieses Argument doch nicht die ungleiche Behandlung von Männern und Frauen bei der Bewilligung des garantierten Einkommens für Senioren rechtfertigen. Das garantierte Einkommen für Senioren wird nämlich bewilligt ungeachtet der Eigenschaft des Berechtigten als früherer Arbeitnehmer, es wird nicht auf der Grundlage seines während seines Berufslebens erhaltenen Lohnes bezeichnet, und es ist unabhängig von den von ihm oder für ihn geleisteten Beiträgen. Obwohl verschiedene Bestimmungen des Gesetzes vom 1. April 1969 einen Zusammenhang feststellen zwischen dem Recht auf das garantierte Einkommen und dem Recht auf ein Ruhegehalt, vor allem Artikel 1 § 2 6°, Artikel 11 § 3 und Artikel 15, haben beide Institutionen verschiedene Situationen und Zielsetzungen im Auge.

B.10. Da, als Folge des Gesetzes, eine Person Recht hat auf einen höheren oder weniger hohen Lebensunterhalt, je nachdem, ob es sich um einen Mann oder eine Frau handelt, wobei alle anderen Gegebenheiten gleich bleiben, kann der Hof nur die in seinem Urteil Nr. 9/94 getroffene Feststellung der Verfassungswidrigkeit aufrechterhalten.

B.11. Auch wenn der Gesetzgeber Maßnahmen vorgesehen hat, um künftig die beanstandete Diskriminierung zu beenden, verstößt dennoch Artikel 1 § 1 des Gesetzes vom 1. April 1969 in der vor dem 1. Juli 1997 geltenden Fassung für den Zeitraum, der sich auf die dem Verweisungsrichter vorgelegten Streitsachen bezieht, gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung.

Aus diesen Gründen:

Der Hof

erkennt für Recht:

Artikel 1 § 1 des Gesetzes vom 1. April 1969 zur Einführung eines garantierten Einkommens für Senioren, in der vor seiner Änderung durch den königlichen Erlaß vom 23. Dezember 1996 geltenden Fassung, verstößt insoweit gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung, als kraft dieses Artikels Frauen von mindestens 60 Jahren das garantierte Einkommen beanspruchen können, während Männer zwischen 60 und 65 Jahren dies nicht können.

Verkündet in französischer und niederländischer Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof, in der öffentlichen Sitzung vom 28. Oktober 1997.

Der Kanzler,

Der Vorsitzende,

(gez.) L. Potoms

(gez.) M. Melchior